

gestürzt wurde, Umweltthemen von der Wertigkeit her noch im Spitzenfeld, so Karel Dolejsi, Sprecher von Greenpeace Prag. Mehr noch: Der desolate Zustand ganzer Landstriche sei damals sogar eines der wichtigsten Argumente gegen die Politik der kommunistischen Machthaber gewesen.

Seither wendete sich Vieles zum Besseren. Augenfällig etwa die Situation in Nordböhmen, wo die Umwelt durch Braunkohlekraftwerke und die chemische Industrie viel stärker belastet war als heute. Die Schwefeldioxid-Emissionen von Kraftwerken sind weit geringer, aus den Fabriken gelangen erheblich weniger Chemikalien in die Umwelt als noch vor 1990. Dennoch zahlt die Umwelt nach wie vor den Preis des Fortschritts: Dass etwa die Landschaft durch den intensiven Ausbau von Autobahnen zerstört würde, gälte heute kaum mehr als Problem, so Dolejsi.

DENKWÜRDIGES BEIM ENERGIE- UND UMWELTFORUM DER ADENAUER-STIFTUNG

Die „Krusovicer Gespräche“, das Jahreswirtschaftsforum der KAS Prag, widmete sich im April 2007 der Energie- und Umweltproblematik. Die Diskussion verlief aus der Sicht eines externen Beobachters teilweise abstrus: Der Staatssekretär im Präsidialamt, Ladislav Jakl, bestritt in einem denkwürdigen Beitrag, dass die gesamte Terminologie (z. B. „alternative Energien“) sachgerecht wäre. Die irreführende Terminologie würde mit Absicht gewählt, um zu verschleiern, dass es beim Thema Klimaschutz in Wirklichkeit um reine Ideologie ging. Andere Beiträge, wie der des Energieexperten der Prager Wirtschaftsuniversität Zajicek, wiederholten gebetsmühlenartig, dass im Zentrum aller Überlegungen Wirtschaft-



In den mittel- und osteuropäischen Staaten hat der wirtschaftliche Aufholprozess Vorrang gegenüber Klima- und Umweltschutz.

lichkeit und – so wörtlich – das Geld stehen müssten. Einwürfe des Direktors der tschechischen Energieagentur Jan Bubenik, dass Umweltschutz durchaus auch wirtschaftlich sein könnte, riefen den Spott der Klimaschutzgegner hervor. Unverständlich angesichts dieser Kontroverse das Schweigen des früheren Umweltministers und derzeitigen Vorsitzenden des Umweltausschusses im tschechischen Parlament, Libor Ambrozek von den Christdemokraten (KDU-CSL). So war es bezeichnenderweise zum Schluss der Vertreter des deutschen Energieversorgers E.on, Magnus Brandau, der die Bedeutung des Themas Umweltschutz als Teil der Firmenstrategie unterstrich.

Der Umwelt- und Klimaschutz hat es schwer in Tschechien. Das Thema hat die Tschechen noch lange nicht erreicht, abgesehen von einer kleinen, städtischen Elite. Als Reaktion auf das Buch von Staatspräsident Klaus kündigte Greenpeace einen fiktiven Fortsetzungsband des präsidialen Werkes an: „Der flache, und nicht der runde Planet“, so der Titel.

BOSNIEN UND HERZEGOWINA: KOMPLEXER STAATSAUFBAU ERSCHWERT KLIMASCHUTZ

Christina Catherine Krause | Alma Subasic

Auch wenn das Thema Klimawandel die breite Öffentlichkeit in Bosnien und Herzegowina noch nicht erreicht hat, haben Experten eine signifikante Veränderung des Wetters auch hier festgestellt. Weitgehend unbekannt für die Bevölkerung ist, dass sich die zuständigen Ministerien mit Aktionsplänen an Vorhaben für eine Stabilisierung des Klimas einsetzen. Doch aufgrund des komplexen Staatsaufbaus, der sich in zwei Entitäten, zehn Kantonen und einem Sonderdistrikt untergliedert,

wird auch die Klimapolitik des Landes durch unklare Zuständigkeiten erschwert. So wurde das Kyoto-Protokoll erst am 15. Mai 2007 unterzeichnet; die Ratifizierung durch das Parlament steht noch aus.

1. WIE VERLÄUFT DER DISKURS ZUM KLIMAWANDEL IN BOSNIEN UND HERZEGOWINA?

Der Diskurs um den Klimawandel wird kaum in der breiten Öffentlichkeit geführt. Zwar wurde allgemein bemerkt, dass das letzte Jahr zu heiß war und zu we-

nig Schnee brachte, doch Berichte in Tageszeitungen, Magazinen, in Radio und Fernsehen sind sehr selten tiefgreifend. Klimawandel ist vielmehr bislang ein Thema für Spezialisten. Dazu gehören Wissenschaftler und Vertreter des Nichtregierungssektors. Allgemeine und landesspezifische Informationen über klimatische Veränderungen werden in Spezialzeitschriften, die quartalsmäßig erscheinen, veröffentlicht und Diskussionen über eine umweltfreundliche Wirtschaft in kleineren Kreisen geführt.

Folgende Daten stehen für den Klimawandel in Bosnien und Herzegowina:

Bosnien und Herzegowina liegt am Schnittpunkt von drei Hauptklimazonen: der mediterranen, mittelkontinentalen und kontinentalen. Daher zeichnet sich das Wetter durch häufige gravierende Schwankungen aus. Dennoch macht sich auch hier ein Klimawandel bemerkbar und kann statistisch belegt werden:

- Die Dekade 1996–2005 gilt als die wärmste in den letzten 50 Jahren;
- Drei Jahre dieser Dekade wurden als die wärmsten seit dem Jahr 1888 identifiziert;
- Die Durchschnittstemperaturen erreichen Höchstwerte. In der letzten Dekade wurden über 100 Rekordwerte festgestellt. Mehr als ein Drittel dieser Werte gelten sogar als neue Jahrhundertrekorde in der Region;
- Ein Temperaturanstieg von 2–3 Grad wird in Bosnien und Herzegowina innerhalb der nächsten 10–20 Jahren erwartet;
- Die Menge der Niederschläge schwankt extrem in kurzen Intervallen.

2. WELCHE FOLGEN DES KLIMAWANDELS WERDEN ALS AKUTE PROBLEME GESEHEN?

Für Bosnien und Herzegowina stehen grundlegende Fragen wie die der Reform der Staatsstrukturen und des Wirtschaftsaufbaus im Vordergrund. Bei einer geschätzten Arbeitslosigkeit von 45 Prozent und einer entsprechend hohen Armutsziffer, sind die Folgen des Krieges als auch des Systemwandels überragend. So wird der Klimawandel noch nicht als Belastung bemerkt. Die Chancen, die dem Land aus dem Handel mit Emissionslizenzen entstehen, werden kaum wahrgenommen.

Im Jahre 1990 betrug die CO₂-Emission in Bosnien und Herzegowina 30,7 Millionen Tonnen. 2004 nur noch 17,6 Millionen Tonnen. Dies drückt die Situation der Wirtschaft aus, in der Industriebetriebe brachliegen, der Privatisierungsprozess schleppend verläuft und sich das Investitionsklima aufgrund des gespaltenen Wirtschaftsraumes kaum positiv entwickeln konnte. So geht der Verbrauch von fossilen Brennstoffen primär von Privathaushalten aus.

3. WELCHE REAKTIONEN GAB ES AUF DEN STERN-BERICHT SOWIE AUF DIE BEREITS VERÖFFENTLICHTEN TEILE DES IPCC-BERICHTS?

Besorgte Reaktionen gab es aus den Reihen der wenigen Umweltaktivisten und Klimaexperten in Bosnien und Herzegowina. Doch diese fanden kaum Echo in den zentralen Medien.

4. WIE GEHT DIE POLITIK MIT DER PROBLEMATIK UM? WER SIND DIE AKTEURE?

Bosnien und Herzegowina ist einer von 189 Staaten, die die UN-Rahmenkonvention über den Klimawandel (UNFCCC) unterzeichnet haben. Der Vertrag wurde im Jahr 2000 unterzeichnet. Vorteile, die dem Land aus der Konvention und dem Kyoto-Protokoll entstehen, werden kaum genutzt.

Aufgrund des komplexen Staatsaufbaus und der limitierten Zuständigkeiten des Gesamtstaates wird das Thema des Klimawandels kaum auf Staatsniveau behandelt. Zwar wäre das Ministerium für Außenhandel und Wirtschaft auch für Fragen des Umweltschutzes auf Gesamtstaatsebene federführend, doch halten die zwei Entitäten des Landes, die Föderation Bosnien-Herzegowina (FBuH) und die Republika Srpska (RS) an ihrer Zuständigkeit fest und arbeiten weitgehend getrennt an der Umsetzung der Bestimmungen der Rahmenkonvention.

So wurde kürzlich die „Umweltschutz Strategie der FBuH“ initiiert, die einen Arbeitsplan für die nächsten zehn Jahre vorsieht und Zuständigkeiten definiert. Für die Vorbereitung der Strategie war die Firma Bosna-S Consulting tätig. In der FBuH fehlt es jedoch an einer Strategie für den Energieverbrauch. Zwar wurde im Januar 2005 ein „Plan für den Aufbau neuer leistungsfähiger elektroenergetischer Kapazitäten in der FBuH“ angenommen, doch dieses Dokument enthält keine Hinweise auf Modelle der Energiesparsamkeit. Zurzeit werden in der FBuH 57 Prozent der elektrischen Energie aus Wärmekraftwerken und 43 Prozent aus Wasserkraftwerken gewonnen.

In der Republika Srpska (RS) beschäftigt sich das Umweltministerium mit Fragen des Klimaschutzes. Eine Strategie für den Energieverbrauch gibt es noch nicht. 1998 wurde zwar eine „Entwicklungsstrategie der Energetik in der RS im Zeitraum 1999–2010“ angenommen, doch man konzentriert sich darin primär auf den Bedarf der Elektroindustrie der RS. Derzeit werden in der RS 45 Prozent der elektrischen Energie aus Wärmekraftwerken und 55 Prozent aus Wasserkraftwerken gewonnen.

Ernsthafte Überlegungen über eine zukünftige Deckung des Energiebedarfs und über umweltfreundliche und sparsame Methoden werden von den Regierungen Bosnien-Herzegowinas nicht angestellt. Weder für die FBuH noch für die RS liegen Daten über die Nutzung von erneuerbaren Energien vor. In diesem Bereich sind vereinzelt Wissenschaftler, internationale Organisationen und lokale NROs tätig. Die Diskussion befindet sich jedoch noch in einer Anfangsphase. UNDP, REC (The Regional Environmental Center for Central and Eastern Europe) und SIDA (Swedish International Development Cooperation Agency) unterstützen Projekte für einen sparsamen und umweltfreundlichen Umgang mit Ener-

gien vor dem Hintergrund des steigenden Bedarfs. Das Zentrum für Energie, Umwelt und Ressourcen (CENER 21) in Sarajevo berät Städte in Bosnien und Herzegowina in Fragen der wachsenden Energieeffizienz und setzt sich für die Vernetzung der Stadtverwaltungen in diesem Fragen ein. Doch auch dieses Projekt leidet unter fehlender Unterstützung der Regierungen, der schwerfälligen Verwaltung und dem Kompetenzmangel der Akteure. Derzeit wird am Ersten Nationalen Bericht über Klimawandel unter den UNFCCC-Bestimmungen gearbeitet, es wird sich dabei herausstellen, ob die Zusammenarbeit zwischen den zwei Entitäten ein professionelles Niveau erreichen kann.

RUMÄNIEN: UMWELTBEWUSSTSEIN STECKT NOCH IN DEN KINDERSCHUHEN

Holger Dix | Lavinia Andrei

Rumäniens Diskurs zum Thema Klimawandel scheint erst zu beginnen. Ein umfassendes öffentliches Bewusstsein für die Ursachen und Folgen des Klimawandels besteht noch nicht. In den vergangenen drei bis vier Jahren hat die Öffentlichkeit aber ein größeres Interesse für das Thema entwickelt, insbesondere infolge der Überschwemmungen aus den Jahren 2005 und 2006 sowie der ab dem Herbst 2006 eingetretenen Dürre, die vor allem Tourismus und Landwirtschaft beeinträchtigen. Die Massenmedien berichten relativ regelmäßig über den Klimawandel, wobei eher die Folgen als die Ursachen dargestellt werden. An den Universitäten wird dieses Thema allmählich in die Lehrpläne aufgenommen sowie Gegenstand von wissenschaftlichen Abhandlungen. In der Forschung befassen sich einzelne Fachinstitute damit, so z.B. die Landesverwaltung für Meteorologie oder Forschungsinstitute für den Agrarbereich. Die Ergebnisse ihrer Forschungen werden meistens nicht veröffentlicht. Auch auf internationale Berichte gibt es kaum Reaktion. So wurden der Bericht des britischen Ökonomen Sir Nicholas Stern überhaupt nicht und der IPCC-Bericht nur sehr vage bekannt gemacht. Allmählich gewinnt der Klimawechsel allerdings Bedeutung als ein vermarktbare Thema. So greifen Unternehmen das „Mode-Thema“ Klimawechsel auf und laden zu Veranstaltungen, die sich mit ökologischen Themen beschäftigen.

Die akutesten Folgen des Klimawandels werden in den meteorologischen und hydrologischen Erscheinungen sowie in den extremen Erscheinungen – tornadoartige

Wirbelwinde, Überschwemmungen, starke Winde usw. gesehen. Diese alle verursachen Schäden wirtschaftlicher Art – durch Zerstörung der Infrastruktur (Wege, Häuser, Stromleitungen usw.) – und greifen direkt in die persönlichen Lebensverhältnisse der betroffenen Menschen ein. Betroffen ist auch der Tourismussektor: Schneelose Winter führen zu sinkenden Touristenzahlen in den Gebirgsgegenden und das unbeständige Wetter in den Sommermonaten schadet der Schwarzmeerküste als beliebtem Reiseziel. In der Landwirtschaft wird insbesondere die anhaltende Trockenheit zum Problem. Im Frühjahr 2007 waren im Süden und Südosten Rumäniens 210.000 Hektar Ackerland von einer Dürre betroffen. Angesichts fehlender oder defekter Bewässerungssysteme werden hier erhebliche Ernteausschläge erwartet.

Thematisiert werden desweiteren die Veränderung der Vegetationsperioden, eine sich verstärkende Boden-erosion, die Abnahme der Waldflächen und eine beginnende Desertifikation im Süden Rumäniens. Im Bereich der Biodiversität wird eine beginnende Migration der Arten in Richtung Norden beobachtet.

Studien über notwendige Reaktionen auf den Klimawandel fehlen, obwohl hier bereits konkreter Bedarf besteht. So musste etwa das Kernkraftwerk Cernavodă im Jahr 2003 vorübergehend stillgelegt werden, weil es durch die niedrige Wasserführung der Donau am nötigen Kühlwasser fehlte. Trotzdem werden die Arbeiten beim KKW Cernavodă fortgesetzt, um Block 2 in Betrieb zu setzen. Gebaut werden sollen auch die Blöcke 3 und 4.